

Berlin, 05. Juni 2016

Parteikonvent Berlin am 05. Juni 2016

Beschluss

Ländliche Räume sind Zukunftsräume

Die ländlichen Räume in Deutschland sind Wirtschaftsstandorte, Wohnstandorte, Land- und Forstwirtschaftsstandorte, Schutzgebiete für Natur, Erholungsräume und Tourismusstandorte. Sie sind Heimat für ihre Bewohnerinnen und Bewohner und werden dies in zunehmendem Maße auch für Menschen sein, die als Zuwanderer zu uns kommen. Sie stehen für gute Nachbarschaften, bürgerschaftliches Engagement und eine starke kulturelle Identität. Sie sind die Basis für unsere Ernährung, für saubere Luft und Wasser, für Energieversorgung, Naturerleben, biologische Vielfalt und Ressourcenschutz. Ohne den ländlichen Raum kann die Stadt nicht überleben.

Ländliche Räume sind hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft ausgesprochen vielfältig. So gibt es wirtschaftlich prosperierende Räume, die ihren Bewohnerinnen und Bewohnern gute Arbeits- und Lebensbedingungen bieten. Es gibt aber auch die entlegenen, oftmals wirtschaftlich schrumpfenden Regionen in Ost und West, die vor erheblichen demografischen und strukturellen Herausforderungen stehen.

Die Landbevölkerung benötigt auch zukünftig wohnortnahe Einrichtungen der Daseinsvorsorge, eine intakte Natur, bezahlbare Mobilität, Zugang zu einer leistungsfähigen Breitbandversorgung, ein gut entwickeltes und leistungsfähiges System der Gesundheitsversorgung und der Pflege sowie ein vielfältiges Bildungs-, Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Integrationsangebot. Nur wenn es gelingt, eine angemessene Versorgung sicherzustellen, werden wir die ländlichen Räume auch im Zeichen des demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels als attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume erhalten können.

Unser Ziel ist es, insbesondere in strukturschwachen Regionen die wirtschaftliche Entwicklung unserer ländlichen Räume zu verbessern und ihre Potentiale durch Initiativen und Programme der integrierten Dorf-, Stadt- und Regionalentwicklung sowie der Strukturpolitik zu nutzen. Die SPD versteht sich als Anwältin der ländlichen Räume und der Menschen, die hier leben. Wir haben den Auftrag des Grundgesetzes, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen der Bundesrepublik sicherzustellen. Deshalb besteht die besondere Aufgabe darin, passgenaue Handlungsstrategien für die unterschiedlichen Räume zu entwickeln und den Akteuren vor Ort Gestaltungsspielräume zu ermöglichen. Dabei achten wir vor allem auf die Sicherung der Daseinsvorsorge, die intakte Umwelt sowie die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Wirtschaftszweige. Kommunen, Länder, Bund, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen eine neue Verantwortungspartnerschaft für die ländlichen Räume eingehen.

Soziale Dorferneuerung und Städtebauförderung für kleine und mittlere Städte und Gemeinden

Wir brauchen mittel- bis langfristige Konzepte für den Umgang mit regionalen wirtschaftlichen Schrumpfungsprozessen. Eine die Mindeststandards sichernde Ausstattung der Infrastruktur, der Daseinsvorsorge und der Nahversorgung ist die Voraussetzung für den Aufbau und die Sicherung zukunftsfester Strukturen.

Wir wollen in den ländlichen Regionen, insbesondere in den dünn besiedelten Räumen, die Städte und größeren Ortschaften als Ankerpunkte für die umliegende Region in ihrer Funktion als Zentren für Handel und Dienstleistungen mit vitalen Ortskernen stärken.

Insbesondere die Städtebauförderung für aktive Zentren, historische Stadtkerne und kleine Städten und Gemeinden im ländlichen Räumen richtet sich auf die Unterstützung von ländlichen Räumen durch aktive interkommunale Kooperationen, Investitionen in Erhaltung und Entwicklung der kommunalen Infrastruktur und Knotenpunkte der Daseinsvorsorge. Wir wollen die Städtebauförderung als Instrument einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch ausgewogenen Stadterneuerungspolitik, die wir in unserer Regierungszeit gestärkt haben, auch in ländlichen Regionen auf hohem Niveau verstetigen.

Gesundheitsversorgung absichern und Pflegestruktur ausbauen

Ein gut entwickeltes und leistungsfähiges System der Gesundheitsversorgung ist ein wichtiger Bereich der Daseinsvorsorge. Wir brauchen eine flexible Versorgungsplanung, die sektorübergreifend gemeinsam von allen Akteuren gestaltet wird, zum Beispiel in Form von medizinischen Versorgungszentren.

Wir wollen die wohnortnahe, quartiersbezogene, aufsuchende und trägerunabhängige Pflegeberatung durch Pflegestützpunkte und andere Beratungsstellen ausbauen. Im Zusammenhang mit einer integrativen Sozialplanung fallen bei höherer Teilhabe von älteren betreuungs- und pflegebedürftigen Menschen geringere Kosten an. Ambulante Dienste müssen noch stärker als bisher intelligent vernetzt werden. Dadurch kann eine gute Versorgungsqualität auch unter schwierigen regionalen Bedingungen sichergestellt werden.

Durch eine bessere soziale und bauliche Infrastruktur vor Ort wird die Vereinsamung von älteren und pflegebedürftigen Menschen vermieden, die auf Hilfe im Alltag angewiesen sind und am gesellschaftlichen Leben teilhaben möchten. Daher wollen wir lokale Hilfenetzwerke fördern, die Dienstleistungen, Hilfen im Notfall und Begegnungsmöglichkeiten anbieten.

Wir wollen die familiären, nachbarschaftlichen und ehrenamtlichen Unterstützungsnetzwerke mit professionellen Pflege- und Betreuungsstrukturen verknüpfen. Sowohl das Wohnumfeld als auch ambulante Betreuungsformen und Hilfsangebote wollen wir den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen besser anpassen. Deshalb brauchen wir eine umfassende sozialräumliche Koordinierung und Gestaltung vor Ort.

Wir müssen erreichen, dass Einrichtungen der dörflichen Grundversorgung in ländlichen Räumen multifunktional für alle Daseinsvorsorgebereiche genutzt werden können.

Generationengerechtes Wohnen auf dem Land ermöglichen

Die Veränderungen der Altersstruktur in vielen ländlichen Räumen stellen den Wohnungsmarkt vor neue Herausforderungen. Es gilt, ein bezahlbares und dabei generationengerechtes Wohnumfeld zu schaffen. Der Abbau von Schwellen und Hindernissen in den eigenen vier Wänden sowie im Wohnumfeld ist Voraussetzung für ein möglichst langes Verbleiben in der gewohnten Umgebung. Die Zuschüsse zum Förderprogramm „Altengerecht umbauen“ wurden in unserer Regierungszeit wieder eingeführt. Die Förderprogramme für den altengerechten Umbau müssen fortgesetzt und mit Maßnahmen der energetischen Sanierung verknüpft werden. Gleichmaßen wichtig ist es, die Kommunen dabei zu unterstützen, die Dorfmitte lebendig und attraktiv zu halten und Leerstand zu vermeiden.

Differenzierte Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote auf dem Land ermöglichen

Schon heute spürt rund ein Drittel aller deutschen Unternehmen die Auswirkungen des demografischen Wandels. Daher wollen wir speziell auch in den ländlichen Räumen ein breites Angebot an qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten erhalten. Hierzu zählt neben einem differenzierten Angebot an Schulformen auch die Sicherung von Grundschulangeboten nach dem Motto „Kurze Beine, kurze Wege“.

Für ländliche Räume entstehen große Chancen, wenn Städte und Gemeinden in Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Bildungsträgern regionale Bildungszentren etablieren. Einen Schwerpunkt dieser Vernetzungsprojekte wollen wir auf die Bereitstellung von Bildungsangeboten für Menschen legen, die aus unterschiedlichen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Als breit aufgestellte Träger der Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung können hierzu insbesondere die Volkshochschulen mit ortsnahen Angeboten beitragen.

Gleichzeitig wird branchenübergreifend und zwischen den Regionen die Konkurrenz um kluge Köpfe und fleißige Hände zunehmen, was in erster Linie die Unternehmen selbst fordert, für die Attraktivität ihrer Ausbildungsberufe und Arbeitsplätze in den Schulen zu werben und junge Menschen zu begeistern. Wir werden mit einer integrierten Förderung ländlicher Regionen dazu beitragen, deren Vorzüge heraus zu stellen und die weichen Standortfaktoren zu stärken. Wenn die Voraussetzungen stimmen – durch Angebote wie Sprachförderung, Praktika und Ausbildungsplätze, lokaler Bündnisse zur Förderung der Integration unter Einbeziehung von Unternehmen, Vereinen und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft – sind ländliche Räume auch für Flüchtlinge attraktiv.

Es bedarf eines gut abgestimmten Netzes von Berufsbildungszentren sowie von schulischen und überbetrieblichen Bildungsstätten. Wir wollen die Bedingungen für Jugendliche verbessern, die eine duale Ausbildung in einem Betrieb auf dem Land absolvieren und weite Wege zur Berufsschule zurücklegen müssen. Unser Ziel ist es, insbesondere auf dem Land Berufsausbildung in kleinen und mittleren Betrieben sicherzustellen.

Gerade in ländlichen Räumen müssen klassische Bildungsangebote mit neuen Technologien im Bereich der digitalen Bildung kombiniert werden.

Kulturelle Identität und Vielfalt erhalten und Infrastruktur für ehrenamtliches Engagement fördern

Ländliche Räume zeichnen sich durch kulturelle Vielfalt und eine Mischung aus professionellen Kulturangeboten und Laienangeboten aus. Kulturelle Aktivitäten finden zum größten Teil in Vereinen und Initiativen statt, getragen von ehrenamtlichem Engagement. Sportvereine, aber auch die Freiwilligen Feuerwehren spielen dabei eine sehr große Rolle und brauchen mehr Unterstützung. Wir wollen bei der Vergabe öffentlicher Mittel die kulturelle Vielfalt und die Kulturarbeit fördern, Netzwerke wie soziokulturelle Zentren stärken und die Mobilität verbessern, um kulturelle Teilhabe zu gewährleisten und kulturelle Identität zu erhalten. Zudem lebt der ländliche Raum vom bürgerschaftlichen Engagement. Wir wollen deshalb die Infrastruktur für das Ehrenamt fördern.

Interkommunale Kooperation fördern

Wir sehen in Kooperationen auf regionaler Ebene und zwischen den Städten im ländlichen Raum und ihrem Umland einen Schlüssel zu einer zukunftsfähigen Entwicklung insbesondere wirtschaftlich schrumpfender ländlicher Räume. Starke Kommunen sind der Schlüssel zu eigenständigem und ortsspezifischem Handeln und brauchen deshalb eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Die interkommunale Zusammenarbeit leistet gerade im ländlichen Raum auch einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftlichkeit der Erledigung öffentlicher Aufgaben, der durch die Schaffung von Knotenpunkten der Daseinsvorsorge und das Knüpfen neuer Netzwerke noch verstärkt werden kann.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Kooperationen von Kommunen über Länder- und Staatsgrenzen hinaus verbessern. Ein gezielter Einsatz von Fördermitteln wird zu einer deutlich stärkeren interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit führen.

Bund und Länder müssen weitere gesetzgeberische, steuerliche, administrative und verwaltungstechnische Barrieren und Probleme abbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union ihr Konzept der „Europäischen Verbände für territoriale Zusammenarbeit“ ausweitet, damit ähnlich wie in Frankreich und Belgien auch in Deutschland grenzüberschreitende kommunale Zusammenschlüsse bald zur Realität gehören. In den ländlichen Regionen prägen die historischen Stadt- und Ortskerne die baukulturelle Vielfalt des Landes.

Wertschöpfung stärken

Für die Attraktivität einer ländlichen Region ist neben der geografischen Lage und der Attraktivität der Natur- und Kulturlandschaften vor allem die wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung.

Das Rückgrat des ländlichen Raums und die ökonomische Grundlage bilden neben der Land- und Forstwirtschaft vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Dienstleistung, Handwerk und Gewerbe mit einem attraktiven Arbeitsplatzangebot und Anreizen für qualifizierte Fachkräfte.

Eine neu gestaltete Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung (GLE) sollte daher auch die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen umfassen und gut mit den Zielen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sowie der allgemeinen und flächendeckenden Mittelstandsförderung verzahnt sein.

Zukunftsperspektiven entstehen durch Investitionen in eine konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Energie-, Land- und Ernährungswirtschaft. Die Strukturpolitik im ländlichen Raum muss effektiver gestaltet und aufeinander abgestimmt werden. Um Wertschöpfungspotenziale in den Regionen zu sichern und wirtschaftliche Prozesse nachhaltig anzuschieben, brauchen wir maßgeblich in den Regionen selbstgestaltete Strategien, in der ökonomische Effizienz, soziale Balance sowie die umweltverträgliche Nutzung und Schonung natürlicher Ressourcen ihren Niederschlag finden.

Kriterien wie Herkunft, Tradition und regionale Identität können zur regionalen Wertschöpfung beitragen. Wir wollen Menschen für regionale Lebensmittel und Produkte sensibilisieren. Wir wollen die Vermarktung regionaler Produkte ausbauen. Neue Potenziale für die regionale Wertschöpfung können beispielsweise im Bereich Veredelung in Kombination mit umweltgerecht produzierten regionalen Produkten und Marken liegen. Wir wollen eine klare Herkunftskennzeichnung regionaler Lebensmittelprodukte.

Boden ist für die Landwirtschaft der wichtigste Produktionsfaktor und damit Voraussetzung für die Erzielung von Wertschöpfung landwirtschaftlicher Unternehmen. Durch eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen wollen wir den Zugang ortsansässiger Landwirte zum Bodenmarkt erhalten, zukünftig sichern und Bodenspekulationen entgegenwirken. Wir halten am Ziel der breit gestreuten Eigentumsverhältnisse fest.

Energiewende zum Erfolg führen

Die Energiewende findet gerade auch in den ländlichen Räumen statt. Windkraft-, Photovoltaik- und Biogasanlagen nutzen die natürlichen Ressourcen auf dem Land. Einerseits profitieren ländliche Regionen durch die EEG-Förderung. Andererseits muss der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien planbar gestaltet, mit dem Ausbau der Netze abgestimmt und mit Kapazitätsmechanismen verbunden werden, damit die Sicherheit der Versorgung aufrecht erhalten bleibt. Viele Kommunen nutzen bereits die rechtlichen Möglichkeiten, selbst Erneuerbare-Energien-Anlagen zu betreiben und dadurch Leistungen zur Verfügung zu stellen, von denen alle Einwohnerinnen und Einwohner profitieren können. Die Rekommunalisierung der Energienetze unterstützen wir. Wir wollen erreichen, dass es noch besser gelingt, Standortvorteile ländlicher Räume für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort nutzbar zu gestalten. Wir setzen uns für mehr Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten ein.

Der Ausbau erneuerbarer Energien muss umwelt- und landschaftsverträglich erfolgen. Die Bedenken der Bevölkerung diesbezüglich nehmen wir ernst. Deswegen wollen wir mehr Möglichkeiten für die Erdverkabelung von Hochspannungsleitungen bei gerechter Kostenverteilung schaffen.

Verkehrsinfrastruktur sichern - Innovative Mobilitätskonzepte umsetzen

Eine gute Anbindung an das Verkehrswegenetz und an den öffentlichen Personenverkehr sind unerlässliche Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und das Mobilitätsbedürfnis der Menschen auf dem Land.

Mobilität im ländlichen Raum unterscheidet sich grundlegend von der Mobilität in urbanen Gebieten. Beförderungszahlen spielen für die Rentabilität von Bus und Bahn natürlich eine wichtige Rolle; weniger dicht besiedelte Regionen dürfen dadurch aber nicht automatisch von Bus- und Bahnanbindung abgekoppelt werden. Werden Mobilitätsangebote eingeschränkt, sinkt die Attraktivität des ländlichen Raums und in der Folge verschlechtern sich die ökonomischen Perspektiven.

Ergänzend wollen wir neue und flexible Mobilitätskonzepte fördern und rechtlich ermöglichen, die auch über Car-Sharing-Unternehmen bzw. ehrenamtlich organisiert werden. Bürgerbusvereine oder der „KombiBus“ sind hier als Beispiele zu nennen. Ordnungsrechtliche Regelungen, wie z.B. das Verbot der integrierten Beförderung von Personen und Gütern durch öffentliche Verkehrsmittel im Linienverkehr, wollen wir an die aktuellen Erfordernisse anpassen.

Der Individualverkehr hat in den ländlichen Räumen ebenfalls eine andere Bedeutung als in den urbanen Zentren und den verdichteten Räumen. Gute und sichere Straßenverbindungen sind für die Erreichbarkeit der Zentren unerlässlich. Auch alternative Antriebsformen wie Wasserstoff für Brennstoffzellen und E-Mobilität haben eine Zukunftsperspektive.

Mit dem zunehmenden Anteil älterer Menschen und anderen demografischen Entwicklungen (wie z.B. Rückgang der Schülerzahlen) wird sich die Nachfrage ändern. Damit wird ein angepasstes, barrierearmes Mobilitätsangebot – unter Einbeziehung bereits erprobter Modelle wie etwa Bürger- und Anrufbussysteme - eine immer wichtigere Rolle spielen. Mobilität wird zum Schlüsselfaktor bei der Sicherung der Daseinsvorsorge.

Breitbandausbau im ländlichen Raum vorantreiben

Unser Ziel ist es, die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land zu überwinden. Grundvoraussetzung dafür, dass die Chancen der Digitalisierung für die ländlichen Räume nutzbar gemacht werden, ist das flächendeckende Angebot von schnellem und leistungsfähigem Internet in ganz Deutschland.

Es kommt jetzt darauf an, dass wir die notwendigen Finanzmittel für die Förderung des Breitbandausbaus in den unterversorgten ländlichen Räumen zur Verfügung stellen, wo der Ausbau bisher nicht wirtschaftlich ist. Möglichkeiten der Kostensenkung für die Kommunen bestehen neben einer verbesserten Förderung in der Nutzung von zusätzlichen Frequenzen sowie Synergien mit vorhandenen technischen Infrastruktursystemen. Bestehende Netze wie Gas und Wasser sollten, soweit möglich, wegen der kostenintensiven Tiefbauarbeiten für den Glasfaserausbau genutzt werden.

Chancen der Digitalisierung in ländlichen Räumen nutzen

Die Digitalisierung bietet besondere Lösungsansätze und Chancen für die ländlichen Räume. Digitalisierte Verfahren und Serviceangebote der öffentlichen Verwaltung stellen für mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Berufstätige eine große Erleichterung dar. Helfen können auch digitale Konzepte und Angebote der außerschulischen Bildung oder der Weiterbildung. Gerade junge Leute wollen heute online sein. Wo das nicht gegeben ist, fehlt Lebensqualität.

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine flexiblere Gestaltung von Arbeitszeit und -ort eine wichtige Unterstützung. Auch im Bereich von Gesundheit und Pflege bergen moderne Ansätze wie Ferndiagnostik und Monitoring große Potenziale, eine flächendeckende, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten.

Um an der wirtschaftlichen Entwicklung teilzuhaben und auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein, müssen die Unternehmen die Chancen der Kundenorientierung, der Vernetzung und der Digitalisierung wahrnehmen.

Tourismus auf dem Land hat Zukunft

Der Tourismus ist ein wichtiger Teil der Zukunftsaussichten für ländliche Räume. Er ist nicht nur ein wichtiges Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern eröffnet vor allem auch strukturschwachen Regionen wirtschaftliche Entwicklungspotenziale.

Die im Wesentlichen durch kleine Unternehmen und Familienbetriebe geprägten vielfältigen naturnahen Tourismusangebote auf dem Land – vom klassischen Urlaub auf dem Bauernhof über Winzerhöfe bis hin zu Wellness-, Fitness- und Sportangeboten – erfreuen sich zunehmender Beliebtheit und Nachfrage. Nicht zuletzt deshalb ist die Förderung des Tourismus integraler Bestandteil unseres Gesamtkonzepts zur Entwicklung ländlicher Räume. Dazu gehört auch, den Tourismus in ländlichen Räumen in den Förderprogrammen des Bundes und der Länder besser zu verankern.

Natur- und Kulturlandschaften erhalten, Landwirtschaft zukunftsfest ausrichten

Das reiche und lebendige Natur- und Kulturerbe sowie die Vielfalt der Naturlandschaften bilden einen Teil der Attraktivität der ländlichen Räume als Wohn- und Wirtschaftsstandorte und bieten die Garantie für die Bereitstellung von sauberem Wasser, reiner Luft und fruchtbarem Boden. Eine nachhaltige Agrarwirtschaft (Land- und Fortwirtschaft, Gartenbau und Fischerei) bildet die Grundlage für lebendige ländliche Räume. Sie sind zunehmend aber auch Rohstoff und Energielieferanten.

Landwirtschaft ist zuerst Nahrungsmittelproduktion. Gleichzeitig erbringen Landwirtinnen und Landwirte als größte Flächennutzer vielfältige Leistungen für die Erhaltung der Kulturlandschaft. Sie tragen Verantwortung für den Klimaschutz, die Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Bodenfruchtbarkeit sowie für den Umwelt- und Tierschutz. Wir unterstützen die Landwirtschaft darin, ihre Einkommensgrundlage auszubauen, indem die Nahrungsmittelproduktion stärker an den Wünschen qualitäts- und gesundheitsbewusster Verbraucherinnen und

Verbraucher ausgerichtet wird. Wir nehmen die Befürchtungen der Verbraucherinnen und Verbraucher ernst und setzen uns dafür ein, dass in Deutschland keine gentechnisch veränderten Organismen in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt werden und die Nutztierhaltung gemäß des Wissenschaftlichen Beirats Agrarpolitik beim BMEL sich zu einer gesellschaftlichen akzeptierten, tiergerechten Form weiterentwickelt. Auch das Baurecht ist hinsichtlich der Auswirkung großer Tierhaltungsanlagen auf die Umwelt weiterzuentwickeln.

Wir unterstützen das europäische Agrarmodell einer flächendeckend wirtschaftenden und multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft, die dem Ziel einer ressourcenschonenden Produktionsweise verpflichtet ist. Die vielfältig bestehenden Umwelt- und Naturschutzprobleme (z.B. Nährstoffbelastung, Rückgang der Artenvielfalt und der naturnahen Lebensräume, Ammoniakemissionen) haben zudem deutlich gemacht, dass ein Umsteuern bei der zukünftigen Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2020 notwendig ist. Die Lebensbedingungen der Tiere müssen deutlich verbessert werden. Das bedeutet vor allem, dass die Haltungsbedingungen den Tieren angepasst werden müssen und nicht umgekehrt. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die umwelt- und naturschutzfachlichen Belange, die Tierschutzbelange, aber auch die sozialen Belange gestärkt werden. Bei der Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik muss das Leitbild „Öffentliches Geld für öffentliche Aufgaben“ gelten.

Flächenverbrauch verringern

Der vorsorgende und schonende Umgang mit Grund und Boden ist städtebaulicher Grundsatz und umweltpolitisches Kernanliegen gleichermaßen. Wir wollen den Flächenverbrauch verringern. Grundlage ist ein gutes Flächennutzungsmanagement und der verantwortungsvolle Umgang mit der nicht vermehrbaren Ressource Boden. Dieses muss sich an den Prinzipien „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ und „Ausbau bestehender Bausubstanz vor Neubau“ sowie an dem Grundsatz der Flächenschonung ausrichten. Die zukünftige Stadt- und Ortsentwicklung sollte sich vorrangig an der Wiedernutzung innerörtlicher Flächen und Brachen orientieren. Für den Außenbereich muss der Grundsatz gelten, bestehende Gebäudesubstanz stärker zu nutzen.

Einen umfassenden Politikansatz verfolgen – integrierte Strukturpolitik für ländliche Räume umsetzen

Wir wollen sicherstellen, dass ländliche Räume an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können. Dazu brauchen wir einen umfassenden, integrierten, struktur- und regionalpolitischen Ansatz zur Entwicklung und Förderung ländlicher Räume.

Erforderlich ist darüber hinaus eine engere Verzahnung sowohl mit der Kohäsionspolitik der EU als auch mit der EU-2020-Strategie, um die Effektivität der eingesetzten Mittel zu optimieren.

In der laufenden EU-Förderperiode (2014–2020) wurde mit den Partnerschaftsvereinbarungen bereits eine Grundlage gelegt, um die EU-Strukturpolitiken und die Politik der ländlichen Entwicklung fondsübergreifend besser zu koordinieren.

Bisher trägt der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) nur begrenzt zu den Zielen der EU-2020-Strategie bei. Schwerpunkte, die wesentlich auf den Agrarsektor ausgerichtet sind, können den zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Daher wollen wir in der neuen EU-Förderperiode ab dem Jahr 2020 im Rahmen des ELER gezielt Akteure und Unternehmen aus allen Branchen in den strukturschwachen ländlichen Räumen fördern damit Dörfer lebensfähig bleiben. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass landwirtschaftliche Direktzahlungen in weit größerem Maße zugunsten der ländlichen Entwicklung umgeschichtet werden.

Darüber hinaus unterstützen wir ausdrücklich die Bemühungen der Bundesregierung zum Aufbau eines gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen ab 2020 mit den Investitionsschwerpunkten Wachstum, Innovation, Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Mit Beschluss des 7. Umweltaktionsprogrammes der Europäischen Union haben wir uns auf europäischer Ebene der Leitidee verpflichtet, bis zum Jahr 2050 innerhalb ökologischer Belastbarkeitsgrenzen zu wirtschaften. Deshalb müssen wir Umweltbelange in allen Politikbereichen stärker berücksichtigen, auch bei Entscheidungen über die Landnutzung. Damit können wir auch im ländlichen Raum nachhaltige Effekte für Beschäftigung und Wachstum erzielen.

LEADER-Ansatz stärken

Wir wollen in allen Bundesländern den Ansatz des EU Förderprogramms zur Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft (LEADER) stärken, weil er die Strategie verkörpert, Prozesse und Vorhaben zur ländlichen Entwicklung mit den lokalen und regionalen Akteuren zu konzipieren und in die Praxis umzusetzen. Regionalbudgets sind ein wichtiges Instrument, um Ideen und Erfahrungen für die Entwicklung der ländlichen Räume nutzbar machen zu können. In enger Abstimmung mit den politisch Verantwortlichen auf kommunaler Ebene wollen wir die Ideen und Anregungen der Menschen vor Ort bündeln und konkrete Planungen ableiten. Die rechtlichen Voraussetzungen für Regionalbudgets wollen wir weiter ausbauen.

Gleichzeitig benötigen wir mehr Flexibilität und Kreativität, um das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Mit dem Aufbau eines effizienten Regionalmanagements und auf der Grundlage vereinbarter Ziele lassen wir die Menschen vor Ort über den Einsatz der finanziellen Mittel selbst entscheiden. Die Verstetigung erfolgreicher Projekte unterstützen wir. Dafür werden wir durch bessere Förderkoordination Synergieeffekte aus den europäischen Förderprogrammen sichern.

Mit dem LEADER-Ansatz verbinden sich eine gestärkte Wirtschaftskraft, eine hohe Lebensqualität und gute Zukunftsperspektiven für ländliche Räume. Diese gilt es - gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und ihrem vielfältigen und passgenauen Engagement - weiter auszubauen.